



Dringlichkeitsantrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gefährdungen durch die Giftmülldeponie Schönberg

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung in seiner 34. Tagung um einen mündlichen Bericht über mögliche Gefährdungen durch die Giftmülldeponie Schönberg. Hierbei sollen insbesondere folgende Fragestellungen berücksichtigt werden:

-> Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Gefährdung von Menschen und über die Schadstoffbelastung von Oberflächengewässern und Grundwasserkörpern in Schleswig-Holstein vor?

-> Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um mögliche Erkenntnisdefizite auszugleichen, welche Studien sollen in Auftrag gegeben, bzw. fortgeschrieben werden?

-> Wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, alle durch die Deponiebetreiber und die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein bzw. die örtlichen Gebietskörperschaften und örtlichen Wasserwerke durchgeführten Oberflächengewässer- und Brunnenmessungen in Fließrichtung zum Lübecker und Ostholsteiner und Ratzeburger Grundwasser offen zu legen?

-> Wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, die Art, Menge, Beschaffenheit und Lage des seit 1980 im Deponiekörper lagernden Sondermülls (Anlieferungsscheine, bzw. Begleitscheine, Abfallkataster) sowie Fragen des Wasserhaushaltes der Deponie (Sickerwasserverluste) offen zu legen?

-> Bis wann wird eine umfassende Gefahrenabschätzung aller sich aus dem laufenden Betrieb der Deponie Schönberg ergebenden Gesundheitsrisiken für die Hansestadt Lübeck und Umgebung vorliegen?

-> Hat das Land Schleswig-Holstein Müll-, Abfall- und Deponieguttransporte aus Schleswig-Holstein und durch Schleswig-Holstein auf die Deponie Schönberg in den Jahren 2007, 2008 und 2009 genehmigt?

-> Setzt sich die Landesregierung dafür ein, die Belieferung der Deponie Schönberg zumindest solange zu stoppen, bis eine aktuelle, fundierte Gefährdungsabschätzung vorliegt?

Begründung:

Die Giftmülldeponie Schönberg, heute genannt nach ihrem genauen Standort Ihlenberg, versetzt die Menschen in der Region seit vielen Jahren in Sorge. Die aktuelle Studie der Universität Greifswald über ein erhöhtes Krebsrisiko bei MitarbeiterInnen eröffnet viele Fragen der Dokumentation, Sicherheit und Folgewirkungen der seit den Achtziger Jahren aus ganz Europa stammenden, bei Schönberg gelagerten Giftstoffe, darunter auch Dioxine, neu.

Der Lübecker Umweltsenator und der Landrat von Ostholstein fordern öffentlich die Landesregierung auf, „Klarheit zu schaffen“, und „eine Gefährdung der Bevölkerung auszuschließen“. Die Lübecker Bürgerschaftsfraktion der SPD konkretisiert diese Forderungen öffentlich in einem umfassenden Prüf- und Veröffentlichungskatalog umweltrelevanter Daten und erwartet den sofortigen Stopp der Belieferung.

Angelika Birk und Fraktion